

akademie der Volksbefreiungsarmee. 1955 wurde er zum Marschall der Volksrepublik Chinas ernannt. 1966 bis 1982 diente er als stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission des Zentralkomitees der Partei. (XNA, 17.10.1986) -ma-

*(20)

Ye Jianying verstorben

Am 22.Oktober 1986 verstarb Marschall Ye Jianying im Alter von 90 Jahren. Ye war bereits seit einigen Jahren schwer erkrankt und seit September 1985 aus der politischen Arbeit des inneren Führungskreises der Kommunistischen Partei ausgeschieden.

Ye wurde als "großer proletarischer Revolutionär und Militärstrategie" gewürdigt. Er hatte sich bereits 1927 der Kommunistischen Partei angeschlossen und gehörte neben Mao Zedong und Zhou Enlai zu den großen Führungsgestalten Chinas. Während des Langen Marsches 1934 war er eine der entscheidenden Persönlichkeiten. 1975 hatte er das Verteidigungsministerium übernommen und 1978 bis 1983 den Vorsitz des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. Er war während dieser Zeit de facto das Staatsoberhaupt der Volksrepublik China. In den letzten Jahren hatte Ye zunehmend als Kritiker des gegenwärtigen Reformkurses gegolten. (XNA, 23.10.1986) -ma-

*(21)

Demokratievorstellungen

Ein längerer Artikel der Guangming Ribao vom 7.Oktober 1986 befaßt sich mit dem Verhältnis von Mehrheit und Minderheit in der demokratischen Ordnung. Diese Frage wird als ein Grundproblem der Demokratie dargestellt. "Der ursprüngliche Sinn der Demokratie ist die Macht der Mehrheit ... Um genau zu sein, eine Reihe von Handlungen muß nach dem Prinzip vorgenommen werden, daß die Minderheit der Mehrheit untergeordnet ist. Unter normalen Bedingungen ist es unmöglich, ohne ein solches Prinzip Beschlüsse zu fassen."

Das Mehrheitsprinzip ist aus historischer Sicht fortschrittlicher als "die Gegenüberstellung einer einzelnen Person und der Massen sowie willkürliches Handeln". Entscheidungen der Mehrheit sind im Normalfall nicht nur "richtigere Entscheidungen". Sie können ihrer Natur nach mit geringerem Widerstand durchgeführt werden, und Fehlleistungen können schneller berichtet werden. Als Beispiel für eine solche Fehlentwicklung, die nach dem Prinzip der Mehrheitsentscheidungen nicht zustande gekommen wäre, erwähnt der Artikel die "Große Kulturrevolution", die "nicht in

Gang gesetzt" worden wäre, "wenn wir die Dinge strikt in Übereinstimmung mit dem Prinzip geregelt hätten, daß die Minderheit der Mehrheit untergeordnet ist."

Daß das Prinzip der Mehrheitsentscheidung bisher in China noch nicht gefestigt ist, wird auf die "lange Feudalgeschichte und geringe demokratische Tradition unseres Landes" zurückgeführt. So sei es nicht verwunderlich, daß viele Führungskader der Partei sich daran gewöhnt hätten, "willkürliche Entscheidungen zu treffen, obwohl sie das häufig mit den besten Absichten taten. Solche willkürlichen Entscheidungen werden durch die individuelle Arbeitsfähigkeit und durch andere Faktoren begrenzt. Sie führen dazu, daß Fehler gemacht werden, und sie führen zu größeren und kleineren Verlusten für Partei und Staat. Deshalb ist es immer noch eine wichtige Aufgabe, sich gegen willkürliche Entscheidungen durch Einzelne zu wenden."

Andererseits stellen "Minderheit und Mehrheit die Einheit von Gegensätzen" dar. Die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit verpflichte die Mehrheit jedoch, "die Minderheit zu schützen". Ein solcher Schutz der Minderheit beinhalte vor allem zwei Aspekte:

- 1. Die Mehrheit sei verpflichtet, abweichende Minderheitsansichten angemessen in Betracht zu ziehen und "die vernünftigen Teile dieser Ansichten zu akzeptieren".
- 2. Wenn eine Entscheidung offiziell auf der Grundlage "voller Diskussion" getroffen sei, dürfe sich die Mehrheit nicht gegen die Minderheit wenden, selbst wenn diese "weiterhin ihre Ansichten aufrechterhält". Vor allem dürfe es keine "Diskriminierung, Angriffe und Verfolgung geben". Das bedeute nicht, daß die Entscheidung nicht durch jedermann befolgt werden müsse. Die Minderheit dürfe ihrerseits nicht "äußerlich zustimmen, aber insgeheim Widerstand leisten".

Das Problem, wie Mehrheit und Minderheit sich gegenseitig behandeln, ist "seinem Wesen nach ein Problem der Demokratie". Ohne Mehrheitsprinzip sei Demokratie nicht möglich. "Ohne Prinzip des Minderheitenschutzes kann eine Demokratie nicht als vollständig betrachtet werden. Nur durch die Verbindung der beiden Prinzipien kann eine Demokratie als wirklich angesehen werden." -ma-

KULTUR

*
*

*(22)

Symposien über Mao Zedong

Im Oktober 1986 fanden zwei Symposien über Mao Zedongs Ideen mit Teilnehmern aus ganz China statt. Die eine der beiden Tagungen wurde in Chengdu abgehalten. Sie war von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, der Zentralen Parteischule und der Sichuaner Akademie der Sozialwissenschaften organisiert worden. Die insgesamt 160 Teilnehmer waren Theoretiker verschiedener Schwerpunkteinrichtungen. Während der Tagung wurde eine nationale Gesellschaft zum Studium der philosophischen Ideen Mao Zedongs gegründet (RMRB, 10.10.86; XNA, 15.10.86). Die zweite Tagung fand in der Hauptstadt von Maos Heimatprovinz Hunan, Changsha, statt. Auch auf diesem Symposium, zu dem gut 150 Fachleute kamen, ging es um Maos Ideen. Veranstalter waren das Institut für Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die wissenschaftlich-technische Hochschule für Landesverteidigung und die Akademie der Sozialwissenschaften der Provinz Hunan. Die Entwicklung der Mao-Zedong-Ideen seit dem 3.Plenum (1978) bildete das Hauptthema, wobei sich die Diskussionen besonders um die Frage drehten, wie Maos Ideen zu behandeln und weiterzuentwickeln seien (RMRB, 17.10.86).

Nachdem in den vergangenen zehn Jahren seit Maos Tod die Politiker eine weitgehende Entmaosierung vollzogen haben, ist es nunmehr Aufgabe der Wissenschaftler, aus wissenschaftlich-theoretischer Sicht eine Neubewertung der Ideen Mao Zedongs vorzunehmen und aus kritischer Distanz das den heutigen Bedürfnissen Entsprechende vom unpassenden Gedankengut zu scheiden. -st-

*(23)

Mao Zedong-Studiengesellschaft

Im Oktober 1986 wurde eine sog. "Chinesische Gesellschaft zum Studium der Theorie und Praxis der Mao Zedong-Gedanken" gegründet. Präsident der neuen Gesellschaft ist Su Shaozhi, Direktor des Forschungsinstituts für Marxismus-Leninismus-Mao-Zedong-Gedanken der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Die Gründung der Gesellschaft wurde während eines nationalen Seminars zu Mao Zedong-Gedanken in Changsha verkündet. Das Seminar wurde gemeinsam von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, der Na-

tionalen Universität für Verteidigungswissenschaften und Technologie, der Hunan Akademie für Sozialwissenschaften und neun anderen Institutionen durchgeführt. Rund 150 sog. "theoretische Arbeiter" der zentralen Parteischule, des Forschungszentrums für Parteiliteratur, der VBA Verteidigungsuniversität und der Akademie für Militärwissenschaften sowie anderen Institutionen nahmen an dem Seminar teil.

Das Seminar kam zu dem Schluß, daß "es unerlässlich ist, an den Marxismus-Leninismus-Mao-Zedong-Gedanken festzuhalten, wenn man China modernisieren und eine sozialistische geistige Zivilisation aufbauen will". Während des Seminars kam es zu "erhitzten Diskussionen über die Frage, ob man das Studium der Naturwissenschaften und allgemeinen Wissens betonen soll, während man das Studium des Marxismus-Leninismus-Mao-Zedong-Gedanken vernachlässigt." Die Teilnehmer kamen, wie nicht anders zu erwarten, zu dem Ergebnis, daß man den Marxismus-Leninismus-Mao-Zedong-Gedanken "sorgfältig studieren und seine grundlegenden Prinzipien erfassen" muß. Zugleich sei es jedoch notwendig, "aktiv an der Reform und am Aufbau teilzunehmen und die neuen Erfahrungen, die die Massen gewonnen hätten, ernsthaft zusammenzufassen." (SWB, 22.10.1986) -ma-

* (24)

Konfuzianismus und Modernisierung

Aus Anlaß des 2.546. Geburtstages von Konfuzius fand in dem 1985 gegründeten Konfuzius-Institut in Beijing (vgl. C.a. 85/6, Ü 21) eine wissenschaftliche Tagung statt, die das Verhältnis von Konfuzianismus und Modernisierung zum Thema hatte. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen zwei Aspekte: "Chinas traditionelle Kultur und die Modernisierung" sowie "Östliche Kultur und modernes Wirtschaftsmanagement". Bei dem ersten Thema war die weitgehend übereinstimmende Meinung, daß China die feudalistischen Elemente des Konfuzianismus abstoßen, den demokratischen Kern jedoch herauskristalisieren müsse. Obwohl einige Teilnehmer alle feudalistischen Aspekte rigoros ausschalten wollten, waren andere der Auffassung, daß diese für die Bildung von Bedeutung sein könnten und daher im Rahmen einer kritischen Betrachtung einbezogen werden sollten.

Zur Rolle des Konfuzianismus in der gegenwärtigen Reform des Wirtschaftsmanagements führte Yang Zhi, ein außerordentlicher Professor des Seminars für Industrie-

wirtschaft an der Volksuniversität aus, daß es Japan gelungen sei, konfuzianisches Gedankengut in sein modernes Wirtschaftsmanagement zu integrieren. Yang schlug vor, China als das Geburtsland des Konfuzius müsse die konfuzianische Tradition noch intensiver erforschen, um besser beurteilen zu können, was für die chinesische Wirtschaft zu gebrauchen sei. Hier fand er die volle Zustimmung seiner Kollegen (XNA, 30.9.86).

Mehr denn je seit Gründung der Volksrepublik besinnt sich China heute auf seine kulturelle Tradition. Dabei ist die Auseinandersetzung mit dem Konfuzianismus unerlässlich. Seit Beginn dieses Jahrhunderts geht es praktisch immer wieder um die Frage, wie weit der Konfuzianismus mit dem modernen Zeitalter, insbesondere einer modernen Wirtschaftsordnung, zu vereinbaren ist. Der Hinweis auf Japan ist nicht von der Hand zu weisen, doch sollte er nicht dazu verleiten, den "konfuzianischen Anteil" im japanischen Wirtschaftsleben quantifizieren zu wollen und formal auf China zu übertragen. Die Probleme liegen tiefer, und um ihnen beizukommen, sind zunächst eingehende wissenschaftliche Untersuchungen erforderlich. -st-

* (25)

Grabanlage aus der Westlichen Han-Zeit bei Xuzhou ausgegraben

Archäologen der Universität Nanjing und des Museums der Stadt Xuzhou haben am Beidong-Berg im Kreis Tongshan etwa 10 km nördlich der Stadt Xuzhou (NW-Jiangsu) die Grabanlage eines Königs von Chu aus der Westlichen Han-Zeit ausgegraben. Die Anlage wird auf die erste Hälfte des 2. Jh. v. Chr. datiert. Bei den Ausgrabungen erregte großes Aufsehen, daß neben dem eigentlichen Grab zwanzig unterirdische Palastkammern gefunden wurden. Noch nie zuvor hat man in China eine so große Anzahl unterirdischer Palastkammern entdeckt. Die Fläche der gesamten Palastkonstruktion beträgt über 500 qm, die der größten Palastkammer 46,5 qm mit einer Höhe von gut 3 m. Die anderen Palastkammern haben im allgemeinen eine Fläche von gut 10 qm und gut 2 m Höhe. Alle Räume des unterirdischen Palastes sind in bezug auf Charakter und Form unterschiedlich gestaltet - bisher einzigartig bei allen in China ausgegrabenen Grabanlagen. Die acht Hauptpalastkammern und die mehrere dutzend Meter langen Verbindungsgänge und Korridore sind zinnoberrot gestrichen und lackiert. Die in dem Zinnober entdeckten Bestandteile von Quecksilber sollten vor Verfall und Feuchtigkeit schützen. Man schätzt, daß beim Bau eine halbe Tonne Zinnober ver-

wendet wurde. In der Anlage wurden außerdem zahlreiche Gegenstände gefunden, darunter Kleider aus Jadeplättchen, Gold-, Jade- und Bronzegegenstände und Münzen (GMRB, 11.10.86).

Wenige Tage später machten die Archäologen in mehreren Seitenkammern derselben Anlage eine weitere wichtige Entdeckung, indem sie drei Gruppen von gut erhaltenen Tonfiguren in Form von bemalten Ehrengarden und Leibwächtern fanden. Jede dieser Gruppen besteht aus über 30 Figuren, die eine Höhe von etwa 50 cm aufweisen. Nach Aussagen der Fachleute soll es sich um die besterhaltenen Figuren aus der Westlichen Han-Zeit handeln. In Aufmachung und Aussehen sind alle Figuren verschieden und lebensgetreu nachgebildet, so daß sie Aufschluß über das Zeremoniell sowie das Beamten- und Militärsystem der Westlichen Han-Zeit geben können (GMRB, 18.10.86). -st-

* (26)

Künftig nur noch Lehrer mit Qualifikationsnachweis

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich eine Maßnahme zur probeweisen Durchführung verfügt, nach der künftig für alle Mittel- und Grundschullehrer ein Leistungs- oder Qualifikationsnachweis nötig ist. Damit ist einer Forderung des ZK-Beschlusses über die Erziehungsreform vom Mai 1985 Rechnung getragen worden mit dem Ziel, ein Kontingent von qualifizierten Lehrern aufzubauen und die Einführung der neunjährigen Schulpflicht zu verwirklichen. Künftig kann nur noch Lehrer sein, wer einen formalen Studienabschluß oder einen Qualifikationsnachweis vorweisen kann. Je nachdem, ob man einen entsprechenden Studienabschluß hat oder nicht, gibt es vorläufig zwei Arten von Qualifikationsnachweisen: entweder ein Zeugnis über den Abschluß eines Fachstudiums oder einen Leistungsnachweis aufgrund einer Prüfung über Lehrstoff und Didaktik. Für beide Arten gibt es die Qualifikationen für jeweils drei Stufen: die Mittelschuloberstufe, die Mittelschulunterstufe und die Grundschule. In der Verfügung ist festgelegt, daß sich alle Grund- und Mittelschullehrer, die über keinen staatlich anerkannten Studienabschluß verfügen und mindestens ein Jahr gearbeitet haben, um die Teilnahme an einer Prüfung für den Leistungsnachweis hinsichtlich Lehrstoff und Didaktik bewerben können. Lehrer, die mindestens zwei Jahre gearbeitet haben und bereits über einen Leistungsnachweis hinsichtlich Lehrstoff und Didaktik verfügen, können sich um die Teilnahme an einer qualifizierenden Fachprüfung bewerben. Derartige

Fachprüfungen werden im allgemeinen jedes Jahr abgehalten und von den Erziehungsbehörden auf Provinzebene organisiert und geleitet. Diese Prüfungen erfordern von den Lehrern das systematische Lernen und Beherrschen des Grundwissens, wie es gemäß den staatlichen Richtlinien in den Studiengängen an den pädagogischen Schulen auf Sekundarstufe, den pädagogischen Fachschulen und den pädagogischen Hochschulen gelehrt wird.

Die anderen Prüfungen zur Erlangung des Befähigungsnachweises können von Lehrern an der betreffenden Schule oder von den Erziehungsbehörden der nächst höheren Ebene des jeweiligen Unterrichtsgebietes abgehalten werden (RMRB, 2.10.86).

In China ist es immer noch eine weitverbreitete Erscheinung, daß Lehrer ohne formale pädagogische Ausbildung eingestellt sind. Teilweise haben sie die Stelle von ihren Eltern geerbt, teilweise sind sie aufgrund des Lehrermangels eingestellt worden. Dies soll es künftig nicht mehr geben. Um aber nicht alle Lehrer ohne formale Ausbildung entlassen zu müssen - zumal diese gebraucht werden -, hat man für den Übergang eine Regelung getroffen, die es den erfahrenen Lehrkräften unter ihnen erlaubt, einen Befähigungsnachweis zu erbringen und damit weiter zu unterrichten. -st-

*(27)

Patriotismus in der Schulerziehung

Auf einer Tagung der Kommission für die Überprüfung von Lehrmaterialien an Grund- und Mittelschulen in Beijing äußerte Politbüromitglied Hu Qiaomu, die gesamte Grund- und Mittelschulbildung, auch die Hochschulbildung, müsse vom Gedanken des Patriotismus durchdrungen sein. Durch alle Lehrmaterialien und alle Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Schule solle sich der Patriotismus wie ein roter Faden ziehen, damit die Schüler von Nationalstolz, nationaler Selbstachtung und Patriotismus erfüllt würden. Das Lehrmaterial, so meinte Hu, solle nach diesen Gesichtspunkten ausgewählt und von den Lehrern bei der Unterrichtsvorbereitung entsprechend ergänzt werden. Auch die Hochschulstudenten sollten die gesamte nationale Geschichte verstehen und sich der Reform und dem Aufbau ihres Vaterlandes widmen.

Außerdem plädierte Hu dafür, bei den Schülern den Sinn für Ästhetik auszubilden; dies sei für die moralische Erziehung der Schüler unerlässlich. Sonst würde man die Bewunderung für vulgäre Dinge wecken, die die Lebensauffassung die-

ser Menschen beeinträchtigen könnte. Die ästhetische Bildung sei untrennbar mit der Moralerziehung verbunden (GMRB, 30.9.86).

Auch der "Beschuß über die Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" vom 28. September 1986 spricht von der Erziehung zum Patriotismus. Wie ernst gerade dieser Aspekt genommen wird, zeigt sich u.a. an dem Maßnahmenkatalog, den die Stadt Beijing als Reaktion auf den genannten Beschuß aufgestellt hat. Darin heißt es, man wolle die patriotische Erziehung dadurch fördern, daß man an den Grundschulen der ganzen Stadt die wöchentliche Zeremonie des Hissens der Flagge wiedereinführt und die Nationalhymne singt (RMRB, 21.10.86, S.4). Derartige Formen patriotischer Erziehung an den Schulen sind aus der GMD-Zeit bekannt, hat es in der Volksrepublik in dieser Form jedoch bis vor kurzem nicht gegeben. Die KPCh hat sich zwar auch in der Vergangenheit zum Patriotismus bekannt, ihn aber niemals in dem Maße betont wie in jüngster Zeit. Es scheint, daß die Liebe der Schüler und des ganzen Volkes, die früher pflichtgemäß auf die Partei gelenkt wurde, heute auf das Vaterland gerichtet wird. -st-

*(28)

Liste der vereinfachten Zeichen von 1964 noch einmal veröffentlicht

Aufgrund einer Entscheidung der Staatlichen Kommission für Sprach- und Schriftarbeit haben die Volkszeitung und die Guangming-Zeitung am 15. Oktober 1986 noch einmal die Liste der im Jahre 1964 verabschiedeten vereinfachten Schriftzeichen veröffentlicht. Diese Liste soll bestehende Unklarheiten beseitigen und nunmehr als Norm dienen. Zusammen mit der Liste wurden eine kurze Erklärung der Kommission für Sprach- und Schriftarbeit mit Datum vom 10.10.1986 sowie die seinerzeitige Mitteilung der damaligen Kommission für Schriftreform vom 7.3.1964 und die dazugehörige Erklärung vom Mai 1964 abgedruckt.

Die Kurzzeichenliste ist im wesentlichen unverändert übernommen worden. Lediglich an einigen Stellen wurden "Angleichungen" an den Schriftgebrauch vorgenommen. So hat man für vier Schriftzeichen die Kurzform gestrichen und die Vollform wiedereingeführt, für ein Langzeichen die Kurzform eingeführt und bei zwei Kurzzeichen eine Fußnote zugefügt bzw. die Fußnote ergänzt. Schließlich wurde bei einem Zeichen, das in zwei unterschiedlichen Lesungen vorkommt, je nach Lesung das Lang- bzw. das Kurzzeichen als bindend einge-

führt.

In der Erklärung der Kommission für Sprach- und Schriftarbeit wird kurz auf diese Angleichungen hingewiesen. Vor allem aber wird darin gefordert, die Kurzzeichen dieser Liste zu benutzen. Zusätzliche Kurzzeichen, etwa die der zweiten Kurzzeichenliste, die im September abgeschafft wurde, sollen nicht verwendet werden. -st-

*(29)

Reform des Pressewesens

Gegenwärtig ist in China ein neues Pressegesetz in Arbeit, was in der Öffentlichkeit Anlaß zu ausführlichen Diskussionen über das Pressewesen gibt. Obwohl sich die Zeitungen in den letzten zehn Jahren in bezug auf Inhalt und Aufmachung stark verändert haben, halten viele Leser die Zeitungen immer noch für zu monoton. Insbesondere wird darüber geklagt, daß die Zeitungen zu ausführlich und langweilig über politische Tagungen berichten. Im August 1986 fand in Harbin eine nationale Tagung von Chefredakteuren der Provinzzeitungen statt, auf der solche und ähnliche Klagen laut wurden. Auf der Tagung wurden die Fortschritte der letzten Jahre gewürdigt, zugleich aber auch viele Wünsche und Verbesserungsvorschläge vorgebracht. Vielfach, so hieß es, hätten sich die Zeitungen noch nicht auf die Reformsituation und die Öffnungspolitik eingestellt und würde die Initiative der Journalisten durch alte Konventionen und Auffassungen lahmgelegt. Im Pressewesen steckten die Reformen erst in ihren Anfängen. Gefordert wurde vor allem mehr Freiheit für die Zeitungen, selber entscheiden zu können, was sie bringen wollen. Zwar sprachen sich alle Chefredakteure grundsätzlich für die Notwendigkeit der Parteikontrolle über die Presse aus, aber sie wollten gewisse Freiheiten zugestanden haben. Sofern die vier grundlegenden Prinzipien nicht verletzt würden, sollten die Zeitungen selbst freie Hand haben, die täglichen Nachrichten auf ihre Weise zu bringen (GMRB, 21.8.86; Liaowang, 8.9.86).

Auch Wissenschaftler schalteten sich in die Diskussion ein. So machten Mitarbeiter des Instituts für Journalismus unter der Akademie der Sozialwissenschaften Vorschläge, in welche Richtung die Reform des Pressewesens aus ihrer Sicht zu gehen habe. Zunächst einmal müsse klargestellt werden, daß die Presse ein multifunktionales Massenmedium sei, dessen Aufgaben darin bestünden, Nachrichten abzudecken, Meinungen und Kenntnisse zu verbreiten sowie Unterhaltung und Anzeigen zu bringen. Alle drei Funktionen sollten in einem vernünftigen

gen Verhältnis zueinander stehen und erfüllt werden. Sodann sei zu berücksichtigen, daß die Zeitungen sowohl Propaganda als auch Nachrichten veröffentlichen müßten. Für Parteizeitungen sei Propaganda erforderlich und als richtungweisend notwendig. Nachrichtenübermittlung sei die generelle Aufgabe einer Zeitung und würde von den Lesern erwartet. Keine der beiden Funktionen sollte ein Übergewicht haben.

Ferner hätten die Zeitungen die Aufgabe, den Leser zu unterrichten. Gerade diese Seite sei zur Stärkung der Reformpolitik zu betonen. Aus diesem Grunde sollten die Zeitungen mehr Rezensionen und Kommentare veröffentlichen, damit der Leser die allgemeinen Trends und neuen Entwicklungen besser verstehen könne. Was die Meinungsäußerung angehe, so sollten die Zeitungen eine Vielfalt von Meinungen verbreiten. Hier sehen die Wissenschaftler eine gewisse Schwierigkeit darin, daß man einerseits ein möglichst breites Meinungsspektrum haben, andererseits aber kein Chaos entstehen lassen möchte. Sie machen daher den Zeitungen den Vorschlag, eine Trennung zwischen den Meinungen der Partei auf der einen und denen der Reporter und örtlichen Bevölkerung auf der anderen Seite vorzunehmen. Dies könne durch die Einrichtung spezieller Meinungsspalten oder Leserforen geschehen.

Schließlich äußern sich die Wissenschaftler auch zu den Nachrichten über das Ausland, die allgemein von der Leserschaft sehr begrüßt würden. Gegenwärtig bestehe allerdings noch eine Reihe von Beschränkungen hinsichtlich internationaler Nachrichten. Mit Ausnahme besonders sensibler Fragen sollte man diesen Nachrichtenbereich ausdehnen, wobei auch Kommentare über internationale Fragen einzuschließen seien, die die Position der Regierung wie auch die der Öffentlichkeit wiedergeben (GMRB, 22.9.86).

So weitgehend teilweise die Forderungen nach größerer Pressefreiheit auch sein mögen, so wollen letztlich doch alle an der Diskussion Beteiligten an der Kontrolle durch die Partei festhalten. Die Rolle der Presse als Sprachrohr der Partei soll nicht abgeschafft werden, aber die Zeitungen möchten nicht mehr ausschließlich Sprachrohr der Partei sein, sondern verstärkt auch andere Meinungen zu Wort kommen lassen. -st-

*(30)

Lu Xun 50. Todestag

Am 19. Oktober 1986 wurde in China mit vielerlei Aktivitäten des 50.

Todestages des Dichters und Schriftstellers Lu Xun gedacht. Zahlreiche Tagungen fanden statt, so z.B. eine in Lu Xuns Heimatstadt Shaoxing in Zhejiang (XNA, 30.9.86), in Beijing eine Tagung des Schriftstellerverbandes (XNA, 7.10.86), in Shanghai, wo Lu Xun einen großen Teil seines Lebens verbrachte (RMRB, 15.10.86), und insbesondere eine internationale, von der Akademie der Sozialwissenschaften veranstaltete Konferenz, die vom 19.-24. Oktober in Beijing stattfand (RMRB, 20.10.86; XNA, 20.10.86). Diese Konferenz zählte 400 Teilnehmer, darunter auch solche aus Japan, der Sowjetunion, Ungarn, Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und aus Hongkong. In Beijing, Shanghai und Shaoxing wurden die Häuser, in denen Lu Xun einst lebte und die heute Museen oder Gedenkstätten sind, restauriert, und vor allem sind zahllose neue Veröffentlichungen über und von Lu Xun zu verzeichnen. Nachdem der Verlag für Volksliteratur 1981 anlässlich des 100. Geburtstages von Lu Xun eine Gesamtausgabe seiner Werke herausgebracht hatte, liegt demselben Verlag jetzt ein Lu Xun-Lexikon zum Druck vor, das gemeinsam mit dem Sichuaner Volksverlag produziert werden soll (RMRB, 18.10.86, S.8).

Interessant ist, daß die Auseinandersetzung mit Lu Xun diesmal ganz im Zeichen des Verhältnisses zwischen chinesischer und ausländischer Kultur steht, deutlicher Ausdruck der gegenwärtigen politischen Lage. Vor fünf Jahren war dieses Thema noch kaum diskutiert worden, denn damals zum 100. Geburtstag Lu Xuns lief gerade die Kritik an der "geistigen Verschmutzung", insbesondere an den westlich-bürgerlichen Liberalisierungstendenzen. Deshalb appellierte man damals in erster Linie an Lu Xuns revolutionären Geist. Gleichzeitig sollte Lu Xun aber auch schon damals als Führer und Vorbild beim Aufbau der sozialistischen Zivilisation dienen (vgl. C.a. 1981/9, Ü37). Dies ist auch heute der Fall. Lu Xun wird nicht nur als der große Erneuerer der nationalen chinesischen Kultur und als Vorläufer der zeitgenössischen nationalen Kultur gewürdigt (Yang Yi in RMRB, 20.10.86), sondern zugleich als einer, der den Kulturaustausch zwischen China und dem Ausland wollte. Selbst ein Mann wie Hu Qiaomu, Ehrenpräsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und eher dem orthodoxen Lager zuzurechnen, betont diese Rolle Lu Xuns. Hu Qiaomu hielt am 19. Oktober die Eröffnungsrede auf der internationalen Konferenz, die bezeichnenderweise unter dem Thema stand "Lu Xun und die chinesische und ausländische Kultur". In der

Rede (abgedruckt in RMRB, 21.10.86) befaßt er sich ausführlich mit Lu Xuns Mittlerrolle zwischen chinesischer und westlicher Kultur. Lu Xun habe sich zeitlebens dafür eingesetzt, revolutionäre Literatur des Auslands in China vorzustellen, indem er fremdsprachige Werke übersetzte oder andere in ihrer Übersetzungstätigkeit unterstützte. Für Lu Xun sei es keine Frage gewesen, daß man die Literatur des Auslands "annehmen" (nalai) müsse, was für ihn bedeutete, "sich aneignen und auswählen" - sei es durch "Anwendung, Bewahrung oder Zerstörung". Gegenüber der traditionellen chinesischen Kultur habe Lu Xun zwar eine kritische Haltung eingenommen, aber er habe sie dennoch nicht rundweg ablehnen wollen. Mit anderen Worten, für die Erneuerung der chinesischen Kultur sei für Lu Xun ein Schöpfen aus der chinesischen wie aus der ausländischen Kultur unerlässlich gewesen.

Die hierin implizierte Synthese von chinesischer und westlicher Kultur ist in der Volksrepublik nicht immer befürwortet worden. In der kulturrevolutionären Zeit wurde gerade Lu Xun sehr einseitig betrachtet, indem man die ausländischen Einflüsse ignorierte. Wenn heute diese Seite Lu Xuns wieder betont wird, so spiegelt sich darin nicht nur die Bejahung der Öffnungspolitik wider, sondern auch die Tatsache, daß sich ihre Befürworter allmählich zu der Auffassung durchringen, daß zur Modernisierung und Öffnung nach außen auch kulturelle Einflüsse gehören.

Zweifellos führt die nunmehr in Gang gesetzte Einbeziehung der ausländischen Kultureinflüsse auf Lu Xun zu einer sachgerechteren Bewertung dieses für die moderne chinesische Kultur so bedeutenden Schriftstellers. Überhaupt hat die Lu Xun-Forschung seit 1981 einen steten Aufschwung genommen. Nachdem man in den Anfangsjahren nach Maos Tod sich gegenüber Lu Xun sehr zurückhielt (wohl deshalb, weil ihn die Kulturrevolutionäre hochgejubelt hatten), steht heute einer sachlichen Auseinandersetzung mit Lu Xun nichts mehr im Wege. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

*(31)

Neue Regelungen zur Ermutigung ausländischer Investitionen

Die Klagen ausländischer Geschäftsleute über die schwierigen Geschäfts- und Arbeitsbedingungen in der Volksrepublik haben offenbar die Verantwortlichen dazu ver-